

Kartätschen für Cardiff

VON JOSEF JOFFE

Europa-Gipfel wie der heutige von Cardiff haben längst ihren Premieren-Schimmer verloren. Ein Gipfel scheint den nächsten zu jagen – wie in einer Filmschleife, die immer wieder den selben Plot abspielt. Derlei Déjà-vu hat einen guten Grund: Auf jedem Gipfel muß schon der von morgen programmiert werden, weil der wachsende Turm der Entscheidungsvorlagen abermals nicht abgetragen wurde.

So ist es auch dieses Mal, zum Abschluß der britischen Präsidentschaft in Cardiff. Auf dem Tisch liegt die „Agenda 2000“, die nicht mehr ganz frisch ist. Wieder einmal geht es um die Reform der Agrar- und Strukturpolitik, die den EU-Europäern seit Jahren wie ein Fettklöß im Magen liegt. Und doch muß das Ding irgendwie verdaut werden, wenn der nächste Sprung gelingen soll: die Erweiterung der Gemeinschaft nach Osten.

Denn logisch unmöglich ist es, gleichzeitig dreierlei zu tun: erstens, 80 Prozent des EU-Haushalts – über 120 Milliarden Mark – weiter in die Taschen der Bauern und der einst armen Südländer wie Italien und Spanien zu lenken; zweitens, die echten Armen wie Polen und Tschechien nach ihrer Aufnahme regelmäßig zu alimentieren; und drittens, die EU-Beiträge der einzelnen EU-Mitglieder nicht zu erhöhen.

Auch das wird in Cardiff debattiert und dann delegiert werden – an den nächsten Sondergipfel im März. Und doch ist diesmal für Spannung gesorgt, weil ausgerechnet die Deutschen, die einstigen Euro-Tugendbolde, auf dem Weg nach Cardiff zwei mittelgroße Bomben haben hochgehen lassen. Unser Theo Waigel, sozusagen mit der Handtasche der Margaret Thatcher bewehrt, will nun auch sein Geld zurückhaben. Deutschland ist bekanntlich der größte Euro-Zahler; es zahlt 21 Milliarden Mark mehr ein als es aus dem Agrar- und Strukturfonds zurückbekommt. Bonn will sieben Milliarden haben; sonst, so Waigel, werde er die „Agenda 2000“ komplett blockieren.

Aber nicht genug. In der vergangenen Woche haben Kohl und Chirac einen Brief an den Cardiff-Ausrichter Blair geschickt. Sonor intoniert heißt es da: Es kann nicht die Zielsetzung europäischer Politik sein, einen europäischen Zentralstaat zu begründen. Statt dessen gilt die „Vielfalt der politischen, kulturellen und regionalen Traditionen“. Das könnte ebenfalls die Dame Thatcher diktiert haben, denn übersetzt heißt das: Bitte langsam mit der Integration; der Herr des Verfahrens bleibt der Nationalstaat.

Doch aus der Feder der Herren Kohl und Chirac muß das überraschen. Haben sich nicht Paris und Bonn stets als „Motor“ der Einigung geriert? Und nun ein Dreibund Frankreich-England-Deutschland gegen Brüssel und für das „Europa der Vaterlän-

der“? Das wäre die Revolution, der Stop auf dem Weg zur politischen Union, ohne die übrigens die Währungsunion auf Dauer nicht zu haben ist.

Wenn dem so ist, könnte es wirklich spannend werden in Cardiff. Dann müßten sich die EU-Herren endlich mit ihrer Sonntag rhetorik auseinandersetzen und sagen, wie weit sie eigentlich gehen wollen auf dem Weg der nationalen Selbstaufgabe. So grundsätzlich aber werden sie nicht fechten; das ist nicht ihr Stil. Warum haben dann Waigel und Kohl ihre Kartätschen abgefeuert? Das Motiv hat leider mit der Philosophie des Europäischen wenig zu tun. Theo Waigel macht ein wenig Wahlkampf für Bayern, wo das Granteln gegen Brüssel (und Bonn) immer ein paar Punkte bringt. Denn wirklich sparen kann Deutschland nur, wenn das Monster der Agrarsubventionen geschlachtet wird. Dieses Messer aber wird nicht eine CSU führen, die sich auf eine bäuerische Klientel stützt.

Und Kohls Anti-Brüssel-Hieb? Man darf annehmen, daß es auch ihm um kleinere Münze geht, daß es ihn nervt, andauernd von der Kommission vorgeführt zu werden – wie zuletzt von jenem Karel van Miert, der ihm den Digital-Verbund Bertelsmann-Kirch verweigert hat. Bloß muß jeder anständige Europäer dem Miert die Stange halten. Der Wettbewerbskommissar macht, was richtig und rechtens ist. Er paßt auf, daß nicht mit staatlichen Subventionen geschludert wird, daß nicht Kartelle den Markt zum Schaden der Konsumenten aufteilen, daß der frische Wind der Konkurrenz durch Europas geschützte Nischen fährt. Das ist ein Stück praktischer Modernisierung, welche die Staaten, Karel sei Dank, nicht mehr verhindern können.

Überhaupt sollten gerade die Deutschen nicht allzu heftig an der EU rütteln. Sie zahlen viel ein, weil sie die Reichsten sind (die Holländer zahlen pro Kopf übrigens mehr). Und sie sind auch deshalb so reich, weil niemand kräftiger von diesem prächtigen gemeinsamen Markt profitiert als die Exportmaschine Deutschland. Legitim aber ist es, an den Privilegien Italiens und Spaniens zu zupfen. Die sind längst keine Sozialfälle mehr, und es stünde ihnen gut zu Gesicht, wenigstens einen Teil der Strukturfonds-Subsidien nach Polen, Tschechien oder Ungarn zu lenken – hin zu den Neuen, die das Geld viel nötiger haben.

Wenn Kohl & Waigel rütteln wollen, mögen sie es hier tun und die prosperierenden Südländer daran erinnern, daß jetzt das Solidaritätsgebot den Ostländern gilt. Das ist gut für Europa und gut für die Deutschen, denen es besser geht, wenn es den Ost-Nachbarn gut geht. Statt Brüssel zu prügeln, sollte Kohl solche Themen aufgreifen. Zumindest würden EU-Gipfel so spannender werden.